

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

Oktober 2021

# Landesstadt magazin

**VAK  
bildet  
Berlin!**



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin



© Michael Wittig

*Liebe Leserinnen, lieber Leser,*

während die politische Auseinandersetzung mit dem Berliner Senat in der Vorwahlzeit fast zum Erliegen kommt, kennt die Personalratsarbeit keine Pausen. Der dbb berlin hat sich deshalb mit einer Personal- und Betriebsrätekonferenz zum Thema „Arbeits- und Unfallschutz“ im vergangenen Monat verstärkt auf die Unterstützung seiner Personalräte konzentriert. Neue Impulse, die in seine künftige Arbeit einfließen werden, konnte der dbb berlin darüber hinaus aus dem 13. Forum Personalvertretungsrecht des dbb mitnehmen.

Mit Spannung erwartet wird der Auftakt der Tarifverhandlungen mit der TdL am 8. Oktober. Für Missstimmung im Vorfeld haben allerdings leider schon Überlegungen der Arbeitgeber geführt, Tausende von Stellen schlechter zu bewerten.

Titelthema dieser Ausgabe ist die Verwaltungsakademie Berlin, die zentraler Anbieter von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für die Beschäftigten bei Stadt und Land ist und eine beachtliche Erfolgsgeschichte vorweisen kann.

Aus den Mitgliedsgewerkschaften werden wichtige Gremiensitzungen gemeldet: Der DPoIG-Landeskongress hat eine neue Führungsriege gewählt und den künftigen Kurs der Gewerkschaft abgesteckt. Bei den Lehrerinnen und Lehrern an beruflichen Schulen wurde durch eine Namensänderung endgültig der Zusammenschluss zweier dbb Mitgliedsgewerkschaften in diesem Bereich besiegelt. Eine Kooperation haben schließlich die dbb Seniorenvertretungen in Berlin und Brandenburg beschlossen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

## Inhalt

### Mitbestimmung

dbb Konferenz zum Arbeits- und Unfallschutz	4
Modernisierung bleibt auf der Agenda	6
Seminare	6

### Beihilfe

Senat beschließt Verbesserungen	7
---------------------------------	---

### Tarif

Einkommensrunde 2021	8
----------------------	---

### Soziales

Krankmeldungen werden digitalisiert	9
-------------------------------------	---

### Titelgeschichte

Verwaltungsakademie Berlin	10
----------------------------	----

### Mitgliedsgewerkschaften

DPoIG-Landeskongress	12
BSBD: Ein Fall für vertrauensvolle Zusammenarbeit	13
BVLB Berlin wählt neuen Landesvorstand	14
Senioren beschließen Zusammenarbeit	14

### Unterhaltung

Preisausschreiben	15
-------------------	----

### Zum Schluss

HUK-COBURG startet Hilfsfonds	16
-------------------------------	----

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

**Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

**E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr.

15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

**Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 18,

gültig ab 1.10.2020. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

**Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

**Titelbild:** VAK

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Endlich wieder in Präsenz

## dbb Konferenz zum Arbeits- und Unfallschutz

Nach eineinhalbjähriger Corona-Pause war es endlich wieder so weit: Der dbb berlin konnte eine seiner bewährten Personal- und Betriebsrätekonferenzen am 25. August – selbstverständlich unter strengen Schutzvorkehrungen – durchführen. Das vor dem Hintergrund der Pandemie besonders aktuelle Thema „Arbeits- und Unfallschutz“ lockte wieder zahlreiche dbb Personal- und Betriebsräte in das bewährte Tagungszentrum Hotel Aquino.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung konnte dbb Landeschef Frank Becker mit der Besetzung von drei HPR-Vorstandsposten durch den dbb berlin eine außerordentlich positive Nachricht verkünden.

Insgesamt positiv war auch das Fazit über den Arbeitsschutz in der Pandemie, das die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, in einem Grußwort zog. Breitenbach, die erstmalig an einer dbb Veranstaltung teilnahm, bezeichnete es als „wahren Kraftakt“, insbesondere zu Beginn der Pandemie den Arbeitsschutz bestmöglich sicherzustellen. Hier habe man schnelle Maßnahmen treffen müssen, für die es noch keinerlei Konzept gegeben habe. Vor völlig neue Herausforderungen werde der Arbeitsschutz auch durch den pandemiebedingten Schub bei der Digitalisierung beziehungsweise der Arbeit im Homeoffice gestellt. Eine Rückkehr zum früheren eher laxen Umgang mit dem Arbeitsschutz dürfe es auch deshalb nicht geben.

### Viele ergonomische Vorgaben

Im ersten Fachvortrag bei der Veranstaltung gab René Kränzlein von der Unfallkasse Berlin einen Überblick über die erstaunliche Vielzahl von Vorgaben, die bei der Ausgestaltung eines ergonomisch einwandfreien Büroarbeitsplatzes zu beachten sind. Angefangen von Größe und Anordnung von



Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach

Schreibtisch(-stuhl) über Tastatur und Bodenbelag bis hin zur Beleuchtung gelten klare, wissenschaftlich belegte Anforderungen. Nicht weniger sorgfältig ist bei der Aufteilung der Räumlichkeit eines Büros vorzugehen. Jeder Mitarbeiter beziehungsweise jedem Mitarbeiter muss beispielsweise ein Bewegungsraum von acht bis zehn Quadratmetern zur Verfügung stehen, in Großraumbüros sogar noch eine wenig mehr. Auch die Breite von Verkehrs- und Fluchtwegen ist normiert, dagegen fehlen bislang klare Vorgaben für einen Schutz vor Gewaltakten, denen immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt sind.



Stefan Sommer

Vorgaben und Richtwerte sind das eine, ihre Einhaltung das andere. In Berlin ist die Dienststellenleitung für die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften zum Arbeits- und Unfallschutz verantwortlich. Inwieweit der Personalrat dabei ein gewichtiges Wörtchen mitreden kann, ließ Stefan Sommer vom dbb bund in einem weiteren Fachvortrag wissen. Im Einzelnen legte er auch anhand richterlicher und höchstrichterlicher Entscheidungen dar, wann der Personalrat mitbestimmen kann, beteiligt werden muss oder aber nur unterrichtet zu werden braucht.



Leitender Branddirektor Karsten Göwecke

### Spezialthema Brandschutz

Über ein Spezialthema des Arbeits- und Unfallschutzes, näm-

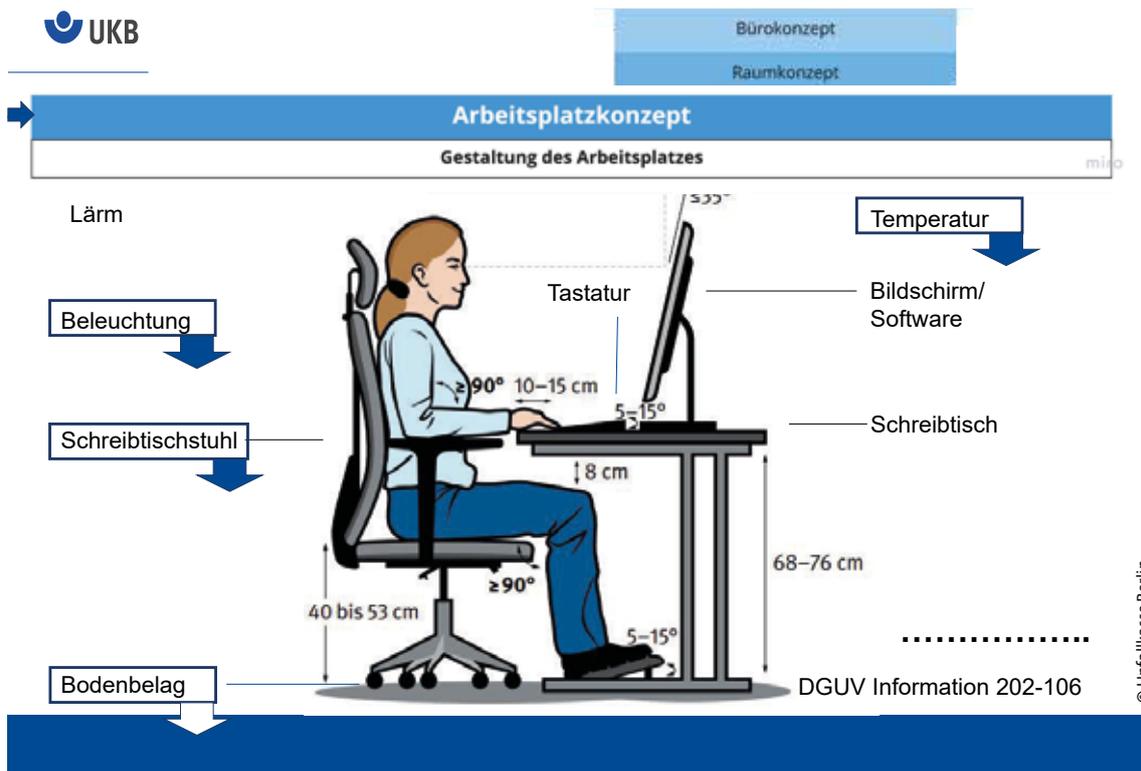
lich den Brandschutz, referierte im Anschluss der Leitende Branddirektor Karsten Göwecke. Dabei ließ der Stellvertreter des Landesbranddirektors der Berliner Feuerwehr wissen, dass ein dramatischer Personalmangel mit gleichzeitig stetig ansteigenden Fallzahlen die Berliner Feuerwehr zu einem grundlegenden und fortdauernden Umstrukturierungsprozess unter Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen zwingt. Insbesondere Rettungseinsätze hätten aufgrund von Zuzug, Klimawandel und Altersstruktur stark zugenommen und würden mittlerweile am häufigsten gefahren. Technische Hilfe müsse am zweithäufigsten geleistet werden, erst dann komme das klassische Löschen von Bränden. Für vorbeugende Brandschutzberatung bliebe bei diesem Aufgabenanfall allenfalls in Schulen und Kindergärten und für Fortbildungsmaßnahmen so gut wie gar keine Zeit und ohne die circa eineinhalbtausend ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, die die viereinhalbtausend Beschäftigte zählende Berufsfeuerwehr unterstützen, wären die Herausforderungen, zu denen auch Waldbrände und Großveranstaltungen zählen, nicht zu stemmen. Bei der Umstrukturierung setze die Feuerwehr neben einer neuen regionalen Gliederung insbesondere auf ein breites Gesundheitsmanagement und ein effektives betriebliches Wiedereingliederungsmanagement.

### dbb akademie mit breitem Fortbildungsangebot

Über das weitgefächerte Fortbildungsangebot der dbb akademie informierte schließlich am Ende der Tagung der Geschäftsführer der dbb akademie, Oliver Welte. Breiten Raum nähmen inzwischen als Resultat der Pandemie Online-Schulungen im Angebot der Akademie ein, die als Learn Nuggets von nur 90 Minuten Dauer, als eTraining in ein bis zwei Tagen und eCampus fortlaufend an 2 bis 5 Tagen angeboten würden. Auch Präsenzschulungen seien wieder möglich.

Das Themenangebot, nachzulesen auf [dbbakademie.de](http://dbbakademie.de), weise eine enorme Bandbreite auf. Zu den Zugpferden zählten insbesondere Seminare zum Datenschutz und zur IT-Sicherheit, zum Tarifrecht und über die Novelle zum BPersVG. Bei Inhouse-Schulungen, so Welte, würden alle Themen möglich gemacht. Grundsätzlich sei die dbb akademie experimentierfreudig und nehme auch gern neue Themenvorschläge auf, ebenso seien Dozenten mit besonderem Fachwissen auf bestimmten Gebieten immer willkommen.

Am Schluss der Veranstaltung zeigte sich dbb Landeschef Becker zufrieden mit Inhalt und Ablauf der Veranstaltung: „Besonders froh bin ich, dass es endlich wieder möglich war, eine Präsenzveranstaltung durchzuführen, die den Kolleginnen und Kollegen auch den direkten Erfahrungsaustausch ermöglicht.“ ■





## Die Modernisierung des Personalvertretungsrechts bleibt auf der Agenda

Das 13. Forum Personalvertretungsrecht des dbb am 6. und 7. September 2021 im dbb forum in Berlin hat die zentrale Bedeutung der Personalräte bei der Digitalisierung unterstrichen. Die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung könne nur mithilfe der Beschäftigten gelingen, waren sich alle Beteiligten einig.

Aufmerksamer Teilnehmer der Veranstaltung war auch dbb Landeschef Frank Becker – aus gutem Grund –, denn auch der dbb berlin wird sich im Zusammenhang mit den notwendigen Veränderungen

im Berliner Landespersonalvertretungsgesetz in besonderem Maße mit Fragen der Nutzung von elektronischen Medien auseinandersetzen. Die Weichen dafür sind schon gestellt: In einem gemeinsam mit der dbb akademie durchgeführten Spezialseminar Mitte Oktober sollen im Rahmen von Vorträgen und Diskussionen sowie in Arbeitsgruppen kreative Ideen dazu erarbeitet werden. Frank Becker: „Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass der öffentliche Dienst und damit auch die Personalvertretungen hier noch äußerst schlecht aufgestellt sind. Es besteht dringender Handlungsbedarf.“

dbb Landeschef Frank Becker (rechts) und Bernd Loran (BSBD Berlin) konnten von dem Erfahrungsaustausch beim Forum Personalvertretungsrecht profitieren.

### Achtung Personalräte!

## Schulungen werden fortgesetzt

Der dbb berlin bietet im Herbst weitere Seminare für seine neuen Personalratsmitglieder an. Die Veranstaltungen finden in der Landesgeschäftsstelle des dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin, statt.

Im Einzelnen können sich Interessenten an zwei Terminen für Grundschulungen im PersVG Berlin anmelden, an einem weiteren Termin wird in das Landesgleichstellungsgesetz eingeführt.

Die Seminare  
**P012 PS vom 26. bis 27. Oktober 2021 und**  
**P013 PS vom 16. bis 17. November 2021**

richten sich an Personalratsmitglieder und werden von Bernd Raue durchgeführt.

Daniela Peetz übernimmt in dem Seminar **P014**, das der dbb betreuungsverein vom **29. bis 30. November 2021** durchführt, die Grundschulung im Landesgleichstellungsgesetz.

**Anmeldung:**  
**post@dbb.berlin**  
**Tel.: 030.32795213**

## Senat beschließt Verbesserungen bei der Beihilfe

Der Berliner Senat hat Ende August die 4. Änderungsverordnung zur Landesbeihilfeverordnung beschlossen, die insbesondere Verbesserungen bei der Anerkennung von Laborkosten und bei der Berücksichtigungsfähigkeit der Aufwendungen von Ehe- beziehungsweise Lebenspartnern beinhaltet. Es ist allerdings fraglich, ob die Verordnung noch vor Ende der Legislaturperiode das Abgeordnetenhaus passieren und damit Rechtskraft erlangen kann.

Konkret soll der maßgebliche Prozentsatz für die Beihilfegewährung von Material- und Laborkosten von 40 auf 60 Prozent steigen. Ehe- und Lebenspartner könnten dem Entwurf entsprechend künftig bis zu einer Einkommensgrenze von 20.000 Euro statt bisher 17.000 Euro bei der Beihilfe berücksichtigt werden. Eine weitere Neuregelung schafft eine Rechtsgrundlage für Direktabrech-

nungsmöglichkeiten zwischen der Beihilfestelle und den zugelassenen Krankenhäusern (§ 108 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch).

Das Gesetzgebungsverfahren zu der Verordnung, das bereits Ende 2019 seinen Anfang genommen hatte, gestaltete sich aber infolge der COVID-19-Pandemie und der Übernahme zwischenzeitlich neu erlassener Bundesregelungen außerordentlich langwierig. Auch letztlich übernommene Änderungs- und Ergänzungsvorschläge aus dem gewerkschaftlichen Beteiligungsverfahren im Frühjahr 2021 haben den Senat offenbar so lange beschäftigt, dass der jetzt vorliegende Beschluss erst nach der Sommerpause zustande gekommen ist. Vorgesehen war bei Redaktionsschluss, dass die Verordnung aber noch vor den Neuwahlen Ende September im Abgeordnetenhaus beschlossen wird. ■

## Einkommensrunde 2021

# Bezahlung im Landesdienst muss deutlich steigen

**Der Landesdienst muss deutlich attraktiver werden, soll es gelingen, den dringend nötigen Nachwuchs zu gewinnen und den wegen anhaltender personeller Engpässe dauerhaft am Limit arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Fairness und Wertschätzung zu signalisieren.**

Der dbb beamtenbund und tarifunion fordert deshalb bei den anstehenden Verhandlungen über den Tarifvertrag der Länder (TdL) eine Einkommenserhöhung um 5 Prozent, mindestens aber 150 Euro. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen.

Für Azubis, Studierende und Praktikanten will der dbb beamtenbund und tarifunion eine Anpassung der Entgelte um 100 Euro und eine Übernahme aller Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung erreichen.

Das Ergebnis der am 8. Oktober beginnenden Verhandlungen ist auch für die Berliner Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst maßgeblich und Maßstab für Besoldungsanpassungen für die Beamten.

Der Berliner dbb Landeschef Frank Becker ließ deshalb schon jetzt keinen Zweifel daran, dass die Landesbeamten eine umgehende inhalts- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf ihre Besoldung erwarten: „Abstriche durch zeitliche Verzögerungen und andere Zahlenspiele darf es nicht länger geben. Der Berliner

Dienstherr hat mit seinen Verstößen gegen die amtsangemessene Alimentation schon viel zu viel Porzellan zerschlagen und potenzielle Bewerber verschreckt.“

### Verschlechternde Neubewertungen verhindern

Auch die stellvertretende Landesvorsitzende Synnöve Nüchter, Tarifexpertin in der dbb Landesleitung, findet sehr warnende Worte, allerdings an das Arbeitgeberlager, in dem es offenbar Bestrebungen gibt, Tausende Stellen neu zu bewerten und schlechter zu bezahlen. Nüchter wörtlich: „Gerade in Krisenzeiten sieht man, wie wichtig ein starker und gut funktionierender öffentlicher Dienst ist. Und unser Slogan ‚Zukunft nur mit uns!‘ drückt genau dies aus. Aber als Dank will die Tarifgemeinschaft deutscher Länder jetzt hingegen an das Geld und an die Eingruppierung der Beschäftigten rangehen! Das ist keine Wertschätzung, sondern Hohn. Unter diesen Bedingungen werden wir auch keinen Nachwuchs für Tausende von abgehenden Stellen gewinnen können.“ ■

## Berichtigung

In der September-Ausgabe des hauptstadt magazins ist auf Seite 12 in der Bildunterschrift ein dicker Fehler unterlaufen, um den wir insbesondere die neue Vorsitzende der gkl berlin, Kerstin Gutwasser-Friebel, herzlich um Nachsicht bitten.

Hier nochmals das Bild mit der im August neu gewählten gkl-Landesleitung mit korrekter Personenangabe.



Die neue gkl-Landesleitung: Petra Woosmann, Stephan Briese-nick, Kerstin Gutwasser-Friebel (Vorsitzende), Andrea Orhan und Michaela Mandal (von links)

© Friedhelm Windmüller

## Erfolgreicher DSTG-Bundesjugendtag

# Berlinerin zur neuen Vorsitzenden gewählt

Sandra Heisig ist neue Vorsitzende der DSTG-Bundesjugendleitung. Beim 19. Bundesjugendtag der DSTG vom 4. bis 7. September 2021 in Bayreuth wurde die Berlinerin nahezu einstimmig in das Amt gewählt und löst damit ihren Amtsvorgänger Patrick Butschkau (DSTG Nordrhein-Westfalen) ab.

Unterstützt wird die 24-jährige Berlinerin durch Maximilian Hoffmann (DSTG Schleswig-Holstein), Barbara Lindl (Bayrische Finanzgewerkschaft), Thomas Walcher (DSTG Baden-Württemberg) und Lara Wiechers (DSTG Niedersachsen).

Sandra Heisig war bereits seit April 2019 als stellvertretende Vorsitzende der Bundesjugendleitung aktiv und übernimmt auch mehrere Funktionen im Berliner Landesverband der DSTG.



© Privat

## Krankmeldungen werden elektronisch übermittelt

**Ab 1. Oktober brauchen Versicherte ihre Krankmeldung nicht mehr per Post an ihre Krankenkasse zu schicken. Die Arztpraxen können von diesem Zeitpunkt an die Krankenkassen auf elektronischem Weg über die Krankschreibung informieren. Für den Arbeitsunfähigkeitsnachweis für den Arbeitgeber gilt das allerdings vorerst nicht.**

Praxen, die technisch noch nicht entsprechend ausgestattet sind, haben eine Übergangsfrist für die Umstellung bis Jahresende. Bis dahin können sie das alte Verfahren mit dem „Gelben Schein“ wie bisher fortsetzen und der Arbeitnehmer muss Ausdrücke an Krankenkasse und Arbeitgeber weiterleiten. Auch in Praxen, die ab 1. Oktober die elektronische Übermittlung an die Krankenkassen übernehmen, wird der Arbeitsunfähigkeitsnachweis für den Arbeitgeber vorerst weiterhin als Papiausdruck ausgestellt und

muss vom Arbeitnehmer weitergeleitet werden.

Ab 1. Juli 2022 soll mit dem lästigen Verschicken der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für die Beschäftigten dann endgültig Schluss sein. Dann wird die sogenannte elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) von den Arztpraxen direkt an Arbeitgeber und Krankenkasse geschickt.

Die Ausfertigung für die eigenen Unterlagen bleibt als Papiausdruck erhalten. ■

## VAk Berlin

# Zukunftsorientiert, praxisnah und effizient

**Kaum vorstellbar, dass Beschäftigte des Landes Berlin in ihrem Berufsleben noch nicht mit der Verwaltungsakademie Berlin (VAk) in Berührung gekommen sind beziehungsweise von deren vielseitigem Bildungsangebot profitiert haben. Denn die Einrichtung mit Sitz in der Moabiter Turmstraße ist verwaltungsübergreifend der zentrale Anbieter von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für die Beschäftigten bei Stadt und Land und darf zu Recht von sich behaupten: „Wir bilden Berlin!“**

Bundesweit ist eine derartige Konzentration, die einheitliche Qualität sichert und ineffiziente Doppelungen vermeidet, einmalig, erfuhr das hauptstadt magazin im Gespräch mit VAK-Direktor Wolfgang Schyrocki. Damit verbunden ist natürlich ein immenser planerischer und organisatorischer Aufwand, den auch die Statistik eindrucksvoll belegt: Nicht weniger als 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Berliner öffentlichen Dienstes nehmen jedes Jahr an Fortbildungsveranstaltungen teil. Im selben Zeitraum werden knapp 2.000 junge Menschen für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst ausgebildet. Weitere 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnte die erst vor einem Jahr gegründete Führungsakademie verbuchen.



auch dafür, dass das Fortbildungsprogramm nicht erstarrt: „Mein Anspruch ist es, gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen vorzusehen und dementsprechend neue Formate und inhaltliche Schwerpunkte anzubieten“, führt er gegenüber dem hauptstadt magazin aus. Konkret heißt das für den Chef der Akademie am Ball zu bleiben, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse

gegebenenfalls in den Seminarbetrieb einfließen zu lassen. Wann immer das Alltagsgeschäft es zulässt, denkt Schyrocki insofern schon heute intensiv darüber nach, wie die Aufgaben der VAK in den nächsten 20 Jahren aussehen werden.

### Vorausschauende Modernisierung

Dass diese Werte trotz Corona-Pandemie erreicht werden konnten, führt der VAK-Direktor auf das frühzeitige und vorausschauende Bemühen der Akademie um eine weitreichende, funktionstüchtige Digitalisierung zurück. Nur so sei es möglich gewesen, das umfangreiche Seminarprogramm in nicht weniger als 40 Online-Seminaren täglich durchzuziehen. Auch bei den Auszubildenden habe es keine Ausfälle gegeben, bemerkt Schyrocki nicht ohne Stolz. Alle hätten die abschließende Prüfung erreicht. Nach diesen positiven Erfahrungen sollen auch in Zukunft zusätzlich zu den Präsenzs Schulungen Online-Formate beibehalten werden.

Modernisierung wird bei der VAK großgeschrieben, nicht nur in technischer sondern, auch in inhaltlicher Hinsicht. Seit seinem Amtsantritt vor neun Jahren sorgt Direktor Schyrocki vor allem

### Enge Zusammenarbeit mit Behörden

Mit der guten Planung des Bildungsangebots ist es für die VAK aber nicht getan, ebenso wichtig ist deren effiziente praktische Umsetzung. Und bei dieser ist der Akademie durch die feste Einbindung aller Berliner Behörden und kommunalen beziehungsweise Landesbetriebe gleich in zweierlei Hinsicht eine Punktlandung gelungen. Zum einen stellen die Behörden zum weit überwiegenden Teil die Dozentinnen und Dozenten, was Praxisnähe bei der Präsentation des Lernstoffes garantiert und einen wichtigen Beitrag zum Wissenstransfer darstellt. Gleichzeitig stellen aber auch Fortbildungsbeauftragte in den Verwaltungen und öffentlichen Betrieben sicher, dass die Schulungsangebote der Akademie auch zielgenau dort ankommen, wo tatsächlicher Bedarf besteht. Fachkompetenzen vermittelt die Akademie unter anderem in den Bereichen Recht, öffentliche Finanzen, Personalwesen und Informationstechnologien. Auch Schlüsselkompetenzen, wie Kommu-

nikation, Gesundheit oder Strategie, kommen im Seminarangebot nicht zu kurz. Für diese überfachliche Ausbildung, zu der auch bestimmte Prozesse und Methoden zählen, werden allerdings externe Trainerinnen und Trainer verpflichtet.

Das beschriebene System der engen Zusammenarbeit zwischen VAK und Behörden hat sich außerordentlich bewährt und sollte auch bei der gegenwärtigen Diskussion um die Rechtsform der Akademie erhalten bleiben. Direktor Schyrocki sieht der Entscheidung dieser Frage eher gelassen entgegen – mit Recht, denn völlig unabhängig von ihrer Rechtsform stellt die VAK mit jedem Tätigkeitsbericht erneut ihre Leistungsstärke unter Beweis und wird auch von den Absolventen nur mit Bestnoten zwischen 1,5 und 1,7 bedacht. Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann!

### Dozententätigkeit aufwerten

Natürlich kann an der einen oder anderen Schraube noch gedreht werden. So sollte die Dozententätigkeit künftig positiv in die Beurteilung der Betroffenen einfließen, findet Schyrocki, und auch der bisweilen sehr zeitaufwendige Weg von der Dienststelle zur Akademie müsste bei den Dozenten fairerweise als Dienstzeit anerkannt werden.

Die Behörde oder Dienststelle, die den Unterricht an der Akademie am intensivsten unterstützt, wird übrigens von der VAK seit zwei Jahren mit dem Eugen-Schiffer-Preis ausgezeichnet, der mit zehn zusätzlichen Tagen der begehrten Inhouse-Schulungen dotiert ist. Preisträger waren bisher das Bezirksamt Spandau und das Bezirksamt Lichtenberg.

### Über 100-jährige Geschichte

Nach Eugen Schiffer wurde der Preis benannt, weil der frühere Reichsminister für Finanzen und Justiz eine zentrale Rolle in der Geschichte der Akademie, die 2019 ihr 100-jähriges Bestehen feiern konnte, gespielt hat. In seiner Ministerfunktion unterstützte Schiffer Beamtenvereine und -vereinigungen, die auf eine Verwaltungsreform im Sinne von mehr Effizienz und Bürgernähe drängten, was letztlich Anlass zur Gründung einer Akademie war. Bis heute hat dieses Anliegen nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Auch nach dem 2. Weltkrieg war es wiederum Eugen Schiffer, der sich maßgeblich für die Wiedergründung der Akademie einsetzte, die dann auch bereits 1948 realisiert wurde und seitdem eine wahre Erfolgsgeschichte geschrieben hat.



Direktor Wolfgang Schyrocki

Das hauptstadt magazin ist unbesorgt, dass Direktor Schyrocki und sein Team auch künftig auf Erfolgskurs bleiben werden. ■

VAK-Gebäude



## DPolG Berlin

# Bodo Pfalzgraf wiedergewählt

Mit der überwältigenden Mehrheit von 96 Prozent der Stimmen hat der 24. Landeskongress der DPolG Berlin Bodo Pfalzgraf in seinem Amt als Landesvorsitzenden bestätigt. Als stellvertretende Landesvorsitzende gehören dem neu gewählten Landesvorstand Boris Biedermann (1. Stellvertreter), Astrid Just, Victoria Gordon und Torsten Riekötter an.



Der wiedergewählte DPolG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf

Über den künftigen Kurs der DPolG Berlin hat die neue fünfköpfige Führungsriege keinerlei Zweifel gelassen. In einem Teamkonzept wird der DPolG Berlin unter anderem die Rolle des Antreibers für den Schutz und Wertschätzung

der Polizei beigemessen. Antreiber soll die DPolG Berlin auch sein, wenn es um zeitgerechte Veränderungen im öffentlichen Dienst oder um den öffentlichen und politischen Diskurs über Polizei und Ordnungsämter geht.

Als vorrangige Forderungen werden in dem Papier insbesondere die Anpassung der Besoldung auf Bundesniveau, eine leistungsgerechte Bezahlung der Tarifbeschäftigten, maximaler Arbeitsschutz zur Gesunderhaltung der Beschäftigten genannt und Abbau der Überstundenberge. Weitere Forderungen im Teampapier sind Gebäudesanierungen und die Absicherung bei Arbeitsunfällen. Intern will die DPolG Berlin vorrangig die Mitgliederwerbung und -bindung ausbauen und ihre Medienpräsenz verstärken.

### Besorgnis über Ordnungsverlust

Besorgnis über den massiven Ordnungsverlust in Berlin kennzeichnet eine vom Landesgewerkschaftstag verabschiedeten Resolution „Ordnung statt Chaos“. Wörtlich heißt es darin unter anderem: „Der Rechtsstaat ist in Deutschland ganz offenbar in funktionierende Bereiche, wie etwa in Süddeutschland, und in desolate Bereiche, wie in Berlin, geteilt. Wir halten diese Grundrechtsteilung für falsch und fordern alle Parteien vor der Abgeordnetenhauswahl auf, Farbe zu bekennen. Denn die Ursachen für Ordnung statt Chaos werden in den Bundesländern gelegt.“

### Innere Sicherheit ganzheitlich denken!

Gefordert wird ein ganzheitliches Denken von Innerer Sicherheit, das sowohl Polizei und Ordnungsämter wie auch die Justiz einbezieht. „Wenn das Recht aktuell ist und tatsächlich auf der Straße durchgesetzt werden kann, wird es weniger Gefahren und bessere Kriminalitätsbekämpfung geben“, so die Resolution. Dazu gehöre auch ein modernes Polizeirecht, das Mitarbeitende schützt. Schließlich brauche eine moderne Hauptstadtpolizei kontinuierliche Rahmenbedingungen, um auch in schwierigen Zeiten den demokratischen Rechtsstaat durchsetzen zu können. Weitere Beschlüsse wurden unter anderem zu Schmerzensgeld- und Schadensersatzansprüchen und zum Unfallschutz gefasst.

### Gute Zusammenarbeit

Lobende Worte fand der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny in einem Grußwort für den tatkräftigen Einsatz der DPolG bei gewerkschaftlichen Aktivitäten und für die Zusammenarbeit mit dem dbb berlin. Insbesondere bei Veranstaltungen und Aktionen am Rande von Tarifverhandlungen sei auf die DPolG Berlin stets Verlass. Auch im Hauptpersonalrat ziehe man an einem Strang. Schließlich bringe sich die DPolG zuverlässig bei verwaltungsübergreifenden Themen ein und habe erheblichen Anteil an der Gemeinsamen Grundsatzklärung „Gewalt gegen Beschäftigte“. Mit einem Sonderlob versah der stellvertretende dbb Landesvorsitzende schließlich die absolut überzeugende (Social) Medien-Arbeit der DPolG. Scharf kritisiert wurde von Goiny demgegenüber die mangelnde Unterstützung und das weitgehend fehlende Verständnis für die Arbeit der Polizei insbesondere durch den Berliner Senat.



© René Reichert Photography (2)

Thomas Goiny, stellvertretender Landesvorsitzender des dbb berlin

## Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Strafvollzug

# Ein Fall für vertrauensvolle Zusammenarbeit

**Grundsätzlich sollen Dienststellenleitung und Personalrat vertrauensvoll zusammenarbeiten und – so sieht es das Personalvertretungsgesetz Berlin vor – Probleme unter Abwägung von Fürsorgepflicht und dienstlichen Aufgaben zum Wohl der Beschäftigten lösen. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, insbesondere wenn es um die persönlichen Belange der Beschäftigten wie Urlaub oder Teilzeit geht, ist allerdings nicht immer leicht. Aktuelles Beispiel sind im Strafvollzug Anträge auf Verlängerung der Lebensarbeitszeit über das normale Renten-/Pensionsalter hinaus.**

Bei einer solchen Maßnahme, die der Zustimmungspflicht des Personalrats unterliegt, gilt es nämlich sehr sorgfältig abzuwägen. So unterscheidet sich die Interessenlage der jüngeren Beschäftigten, die sich eine berufliche Perspektive erhoffen, grundlegend von der der älteren Beschäftigten, die den Ruhestand noch gern etwas hinausschieben möchten.

Aber auch die dienstliche Situation ist nicht unverändert geblieben, seit der Berliner Senat 2016 die Weiterbeschäftigung über den Eintritt in den Ruhestand hinaus als vorübergehende Maßnahme beschlossen hat. So wurden in den letzten Jahren Anträge auf Lebensarbeitszeitverlängerung im Justizvollzug sehr großzügig bewilligt. Hatten doch fehlende Ausbildungsjahrgänge in den Jahren 2005/2006 und im Jahr 2012/2013

sowie zusätzliche Personaleinsparungen zu akuter Personalnot geführt. Mittlerweile ist aber eine Art Schwebestadium eingetreten, das heißt, auf der einen Seite ist – nicht zuletzt coronabedingt – die Zahl der Gefangenen rückläufig, auf der anderen Seite muss in den nächsten zehn Jahren aufgrund des demografischen Wandels mit einer verschärften Mangelsituation im Justizvollzug gerechnet werden.

### Den Einzelfall prüfen!

Flexibel reagieren ist daher das Gebot der Stunde. Weder der Personalbestand der Behörden noch die Belegungssituation in den Vollzugsanstalten geschweige denn die gesetzlichen Aufgaben des Strafvollzugs sind in Stein gemeißelt. Hier kommt es auf den gemeinsamen Willen an, Probleme entsprechend dem § 2 des Personalvertretungsgesetz-

tes, der Fürsorgepflicht und der entsprechenden dienstlichen Aufgaben abzuwägen und zum Wohl der Beschäftigten umzusetzen, auch im Interesse des „Betriebsfriedens“ in der jeweiligen Dienststelle.

### Nur im Ausnahmefall

Nach Auffassung des BSBD Berlin ist aber in Zeiten einer geringeren Auslastung der Gefangenenplätze und bei gleichzeitigem Rückgang der Stellenvakanzen ein Hinausschieben des Ruhestands nicht mehr notwendig, zumal auch eine Durchmischung mit dienstjüngeren und -erfahrenen Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen erreicht worden ist. Eine derartige Maßnahme sollte daher Ausnahmefall bleiben und nur unter Einhaltung bestimmter Vorausset-

zungen (Fortführung/Beendigung eines laufenden Projektes, Wissenstransfer oder dringende dienstliche Notwendigkeit) bewilligt werden.

### Kein Verlängerungsdruck

Das heißt, dass jeder Einzelfall von den Personalräten unter Berücksichtigung aller Besonderheiten gründlich geprüft werden muss, wobei Kompromisse selbstverständlich auch weiterhin möglich sein sollen. Niemand sollte sich aber unter Druck gesetzt fühlen, einen Antrag auf Verlängerung der Regelarbeitszeit stellen zu müssen.

Unabhängig von den temporären Verlängerungsmöglichkeiten der Lebensarbeitszeit hält der BSBD Berlin an seiner Grundforderung fest, die Altersgrenze im allgemeinen Vollzugsdienst auf das 61. Lebensjahr herabzusetzen. ■



## BvLB Berlin wählt neuen Landesvorstand

Bei seiner letzten Mitgliederversammlung im Juni hat sich der „Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen Landesverband Berlin e. V. (VLW)“ in „Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung, Landesverband Berlin (BvLB Berlin)“ umbenannt und einen neuen Landesvorstand gewählt.



Jens-Peter Mickmann, Yamina Ifli, Jörg Lorenz, Torsten Jandt (von links)

Mit großer Mehrheit wurde Jörg Lorenz zum Vorsitzenden gewählt. Als seine Stellvertreter fungieren gleichberechtigt Yamina Ifli, Torsten Jandt und Jens-Peter Mickmann. Hartwig Büssing wurde in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt.

Lorenz dankte seinem langjährigen und erfolgreichen Amtsvorgänger Stefan Hirsch, der dem BvLB weiter als Referent für Recht und Besoldung zur Verfügung steht.

Inhaltlich forderte die Mitgliederversammlung des BvLB Berlin insbesondere eine stark verbesserte Personalausstattung der Berliner Oberstufenzentren und die Rücknahme der letzten Arbeitszeiterhöhung für Lehrkräfte im öffentlichen Dienst Berlins ein.

„Berlin steht im bundesweiten Wettbewerb um junge und gut ausgebildete Lehrkräfte. Ein wesentliches Entscheidungskriterium stellt die Verbeamtung dar. Insofern hat Berlin hier aufzuholen, um den akuten Lehrkräftemangel in den Griff zu bekommen“, beschreibt der stellvertretende Vorsitzende Jens-Peter Mickmann, der zugleich Pressesprecher des Verbandes ist, ein zentrales Anliegen des BvLB Berlin. ■

### Berlin und Brandenburg

## dbb Seniorenvertretungen wollen zusammenarbeiten

Einen regelmäßigen Informationsaustausch sowie eine themen- und anlassbezogene Zusammenarbeit haben die dbb Seniorenvertretungen von Berlin und Brandenburg vereinbart.

Bei einem ersten Gespräch am 8. September 2021 in der Landesgeschäftsstelle des dbb berlin waren sich die beiden Vorsitzenden Holger Schulz (Berlin) und Sabine Wenzel (Brandenburg) sowie ihr Stellvertreter Werner Lindner schnell einig, dass allein schon wegen der Nähe beider Länder ein partielles Zusammengehen auf seniorenpolitischer Ebene und bei gewerkschaftliche Aktivitäten sinnvoll ist. Auch versprechen sich beide Seniorenvertretungen ein wachsendes gegenseitiges Verständnis ihrer Mitglieder füreinander von gemeinsamen gewerkschaftlichen, bildungspolitischen und kulturellen Maßnahmen.

Das Zusammenrücken in der Seniorenarbeit wollen die beiden Landessenorenchefs auch in die dbb Fachgewerkschaften transportieren und deren Seniorenvertretungen beratend oder koordinierend zur Seite stehen.



Holger Schulz, Sabine Wenzel und Werner Lindner (von links) vereinbarten Zusammenarbeit.





## HUK-COBURG startet Hilfsfonds für Menschen in Existenznot

**Die HUK Coburg bereitet aktuell die Gründung eines Hilfsfonds vor, mit dem Menschen in existenziellen Notlagen unterstützt werden sollen. Der Fonds wird zunächst mit einem Startkapital von 10 Millionen Euro ausgestattet.**

„Immer wieder geraten Menschen in existenzielle Not. Das haben wir auch in Deutschland in den letzten Wochen sehr schmerzhaft erfahren“, erläutert Klaus-Jürgen Heitmann, Vorstandssprecher der HUK-COBURG das Vorhaben. „Mit unserem Fonds wollen wir diesen Menschen helfen, ihre materiellen Härten zu lindern und ihnen so einen Neuanfang erleichtern.“

schwemmungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz angerichtet hat, nach aktuellen Schätzungen rund 200 Millionen Euro und sind damit der bisher größte Schadenfall in der Geschichte des Unternehmens. „Das hat uns noch einmal das unvorstellbare Ausmaß der Katastrophe vor Augen geführt sowie das daraus entstandene Leid der

**HUK24**  
**DIGITAL. EINFACH. GÜNSTIGER.**

Der Fonds wendet sich nicht nur an Kunden der HUK-COBURG, sondern soll insbesondere bedürftigen Privatpersonen offenstehen, die in existenzielle Notlagen geraten sind. Er wird zudem langfristig angelegt.

Bei der HUK-COBURG betragen allein die Schäden des Unwetters „Bernd“, das verheerende Über-

Menschen. In solchen Situationen wollen wir mit unserem Fonds karitativ unterstützen“, so Heitmann.

Der Fonds befindet sich zwar noch in Gründung. Betroffene Menschen können sich aber bereits unter folgender E-Mail-Adresse an die HUK-COBURG wenden: [hukhilft@huk-coburg.de](mailto:hukhilft@huk-coburg.de). ■